

Russlands Kampf gegen Terrorismus und »westliche Pseudowerte«

Uwe Halbach

Russland ist ein relevanter Akteur in der globalen Auseinandersetzung mit einem Terrorismus, der sich als Dschihad ausgibt. Dabei ist die russische Innen- und Außenpolitik in der dritten Amtsperiode Präsident Putins und verstärkt im Umfeld des Ukraine-Konflikts gleichzeitig bemüht, sich von »westlichen Pseudowerten« abzugrenzen. Diese ambivalente Haltung kam in der Auseinandersetzung um »Charlie Hebdo« ebenso zum Ausdruck wie bei der Diskussion darüber, wie gegen den »Islamischen Staat« in Syrien und im Irak vorzugehen ist.

Nach den Terroranschlägen in Paris im Januar 2015 vereinte sich Europa im Widerstand gegen religiösen Extremismus und Terrorismus unter der Parole »Je suis Charlie«. Man bekundete Solidarität mit den Redakteuren der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* und bekannte sich mit Nachdruck zur Meinungsfreiheit als einem Grundwert westlicher Zivilisation. Auch Moskau bezog Stellung zu den Terroranschlägen. Putin verurteilte »diesen barbarischen Akt« und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Anstifter ausfindig gemacht und bestraft würden. So äußerte sich der Präsident eines Landes zu islamistischer Gewalt, das in den letzten zwanzig Jahren selber zu einem der weltweit am häufigsten heimgesuchten Schauplätze von Terroranschlägen geworden ist. Für einen Moment kam die Erwartung auf, Moskau könnte die Zusammenarbeit mit westlichen Partnern im Kampf gegen Terro-

rismus ähnlich verstärken wie nach dem 11. September 2001. Die Kooperation in diesem Kampf, so die Hoffnung, könnte das Zerwürfnis mildern, das zwischen Ost und West aus Anlass des Ukraine-Konflikts entstanden ist. Doch die Auseinandersetzung um *Charlie Hebdo* bot dem Russland Wladimir Putins auch eine weitere Gelegenheit, sich von »westlichen Pseudowerten« abzugrenzen, und dies im Einvernehmen zwischen Staat und Russisch-Orthodoxer Kirche.

Russland ist nicht Charlie

Die politische Öffentlichkeit in Russland demonstriert eine andere Haltung zur Freiheit der Satire als die Demonstranten in westlichen Metropolen. Im Umgang mit einer Satire, die sich an Staat und Kirche reibt, hat Russland in der laufenden dritten

Amtsperiode Putins als Präsident schon klare Zeichen gesetzt – so im Prozess gegen die Punk-Band Pussy Riot und mit einem 2013 von der Staatsduma angenommenen Gesetz, das die Verletzung religiöser Gefühle unter Strafe stellt. In den letzten Wochen entspann sich in Russland eine Debatte über den russischen Film »Leviathan«, der in Cannes den Preis für das beste Drehbuch erhalten hatte, in konservativen Kreisen der russischen Öffentlichkeit aber als Schmähung von Staat und Kirche beschimpft wurde. Die Parlamentsabgeordnete Irina Jarowaja sprach im Zusammenhang mit *Charlie Hebdo* von zwei Terroranschlägen, die in Frankreich verübt worden seien: Der erste habe in der Beleidigung der Religion (durch die Propheten-Karikaturen) bestanden. Und Toleranz gegenüber der Verletzung religiöser Gefühle sei nichts anderes als »Faschismus«. In russischen Twitter-Kommentaren wurde für strenge Zensur in diesem Bereich plädiert. Eduard Limonow, einer der berüchtigtsten nationalistischen Hardliner, schrieb in einem Blog, den Glauben der Menschen zu verhöhnern, sei eben gefährlich. Und mit »Glauben« meinte er ausdrücklich nicht nur religiöse Überzeugungen, sondern auch nationale Werte. Limonow repräsentiert zwar nicht die politische Öffentlichkeit Russlands, aber seine Gleichsetzung religiöser und nationaler Werte entspricht einem Trend, von dem das Land derzeit generell erfasst ist.

Die Kommentare zu *Charlie Hebdo* erinnerten an die Reaktion auf die Mohammed-Karikaturen in der dänischen Zeitung *Jyllands-Posten* vom September 2005. In Russland hielt damals eine große Mehrheit der Bevölkerung die Karikierung religiöser Symbole für unstatthaft. Meinungsfreiheit habe hinter dem Respekt vor Religion zurückzustehen. Auch in anderen Ländern des GUS-Raums, in denen sich politische Meinungsfreiheit praktisch nicht entfaltet hat, kam es damals zu Protestaktionen, wenn auch nicht zu gewalttätigen Ausschreitungen, wie sie die islamische Welt im »Karikaturenstreit« erschütterten. Ähnlich fielen die Stellungnahmen im post-

sowjetischen Raum zu den Prophetenkarikaturen aus, die in Reaktion auf die Pariser Terroranschläge im Januar 2015 publiziert wurden: In Usbekistan warnte Präsident Karimow mit Blick auf die Demonstrationen in Paris in einer Ansprache vor der ersten Sitzung eines neu gewählten Parlaments am 22. Januar vor »politischen Spielen«, die im Westen mit Religion getrieben würden. So äußerte sich der Machthaber jenes postsowjetischen Staates, in dessen Gefängnissen die höchste Zahl an religiösen Gewissensgefangenen einsitzen und der im Kampf gegen einen »staatsfeindlichen religiösen Extremismus« alles kriminalisiert, was sich staatlicher Kontrolle zu entziehen versucht. Aber auch aus christlichen, genauer gesagt aus kirchlichen Kreisen des postsowjetischen Raums kamen kritische Kommentare zu den Karikaturen. In Georgien, dem wohl am stärksten nach Westen orientierten Land dieses Raumes, mahnte die orthodoxe Kirche am 17. Januar die europäischen Staaten, gegen die Verletzung religiöser Gefühle einzuschreiten. Schließlich gebe es in den meisten EU-Mitgliedstaaten Gesetze, die in dieser Hinsicht der Meinungsfreiheit Grenzen wiesen.

Tschetschenien bringt sich ins Spiel

Während in Moskau Protestaktionen auf eine Moschee beschränkt blieben, kam es in Grosny zur größten Demonstration, die der gesamte Nordkaukasus je erlebt hat. Der Republikführer Ramsan Kadyrow, 2007 vom Kreml zum Präsidenten Tschetscheniens erkoren, hatte zu dieser Kundgebung »gegen die Feinde des Islams« aufgerufen. In seiner Ansprache zitierte er Präsident Putin mit den Worten »Der Islam ist ein vitaler Teil der russländischen Kultur«, verteidigte Russland gegen Anfechtungen aus dem Ausland und beschimpfte westliche Journalisten und Politiker. Diese Demonstration reiht sich ein in die Aktivitäten, mit denen Kadyrow Tschetschenien auch schon früher in eine höchst ambivalente Position innerhalb der Russischen Föderation manövriert hat. Einerseits bekundet der Republikführer

regelmäßig und lautstark seine Loyalität mit Präsident Putin und betont – mit Blick auf den islamistischen Untergrund im Nordkaukasus – mit Nachdruck die Zugehörigkeit Tschetscheniens zur Russischen Föderation. Im Oktober 2014 organisierte er eine Rallye mit zigtausend Teilnehmern zum Geburtstag des russischen Präsidenten. Wiederholt hat er Putin aufgefordert, als Präsident lebenslang im Amt zu bleiben. Antiwestliche Äußerungen des Kreml werden von Kadyrow wie von keinem anderen Republikführer in der Russischen Föderation mit Beifall bedacht. Im Ukraine-Konflikt bot Tschetschenien Kämpfer zur Unterstützung der prorussischen Separatisten an. Kadyrow wird in diesem Zusammenhang mit der Aussage zitiert: »Bis zu 74 000 Tschetschenen stehen bereit, in die Ukraine zu gehen und dort für Ordnung zu sorgen«.

Andererseits praktiziert Kadyrow eine Kulturpolitik, die darauf hinausläuft, aus Tschetschenien einen islamischen Staat innerhalb der Russischen Föderation zu machen. Er will damit offenbar sein ideologisches Profil als säkularer und religiöser Führer Tschetscheniens schärfen und dem islamistischen Untergrund den Wind aus den Segeln nehmen. »Wir müssen zu unseren Traditionen zurückkehren«, ist die Botschaft, die der autokratische Herrscher an seine Untertanen richtet. Und dabei werden diesen Traditionen Verhaltensnormen zugeordnet, die eher zum Repertoire der bekämpften Islamisten als zur genuinen Kultur des tschetschenischen Volkes zählen. Dazu gehören Bekleidungs Vorschriften für Frauen ebenso wie die Reklamation des Herrschaftsrechts des Mannes über die Frau und die Etablierung von Scharia-Gerichten. Auf diese Weise hat Kadyrow unter stetigen Loyalitätsbekundungen gegenüber Putin letztlich eine kulturelle Sezession Tschetscheniens von Russland vollzogen, die den militanten Separatisten nicht gelungen ist. Zwar hat Dagestan Tschetschenien als Zentrum des islamistischen Kaukasus-Emirats abgelöst. Aber auf der Ebene des »offiziellen Islam« in Russland nimmt Kadyrow für sich zunehmend

in Anspruch, der Führer aller Muslime zu sein. Gleichzeitig bietet er sich über Russland hinaus als Terrorbekämpfer an und richtet in der zweitgrößten tschetschenischen Stadt Gudermes ein Trainingszentrum für internationale Spezialoperationen ein.

Auseinandersetzung mit dem »Islamischen Staat« in Syrien und Irak

Auch für Russland stellt der »Islamische Staat« (IS) in Syrien und im Irak unter den weltweiten Terrorgefahren die größte Herausforderung dar. Präsident Putin bezeichnete diese Herausforderung in einem Interview mit der ägyptischen Zeitung *Al-Ahram* am 6. Februar als »präzedenzlos«; immerhin würden die Terroristen doch bereits weite Territorien beider Länder mit gut zehn Millionen Einwohnern kontrollieren. Tatsächlich hat für die Sicherheitseliten in Russland und anderen Teilen des postsowjetischen Raums diese Dschihad-Front selbst Afghanistan als sicherheitspolitisches Thema Nummer eins in den Schatten gestellt.

Doch auch hier grenzt sich Russland vom Vorgehen westlicher Akteure mit einer eigenen Mittelostpolitik ab, die zu Jahresbeginn 2015 noch intensiviert wurde – mit Präsident Putins Staatsbesuch in Ägypten und Gesprächen des Verteidigungsministers Schoigu in Teheran. Moskau betont, dass der militärische Kampf gegen den IS unter der Ägide der VN-Generalversammlung stehen müsse. Die Einmischung westlicher Staaten in Entwicklungen in Syrien und Irak hätten die gegenwärtige Lage erst geschaffen. Putin spricht sich in dem Interview mit *Al-Ahram* gegen »unangemessene und verantwortungslose Einmischung von außen in die Angelegenheiten der Region, unilaterale Gewaltanwendung, doppelte Standards und die Unterscheidung zwischen »guten« und »bösen« Terroristen« aus. Während die Anti-Terror-Koalition im Irak noch in Kooperation mit der Regierung gegen Terroristen vorgehe, verweigere sie in Syrien die Zusammenarbeit mit den legitimen Behörden des Landes, das heißt mit dem von Moskau unterstützten Assad-Regime.

Hunderte russische Staatsbürger, vor allem aus dem Nordkaukasus, haben sich an diese Dschihad-Front in die Reihen des IS begeben. Die Zahlenangaben gehen auseinander, und in den Kampfgebieten werden postsowjetische Muslime oft kollektiv als »Tschetschenen« (Shishani) bezeichnet – ob sie nun aus dem Nordkaukasus, Tatarstan, Zentralasien oder aus kaukasischen und zentralasiatischen Diasporagemeinden in Europa kommen. Was eine eventuelle Ausstrahlung des IS auf Russlands Problemregion Nordkaukasus betrifft, gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Einerseits könnten Rückkehrer aus den Kampfgebieten in Syrien und Irak den islamistischen Untergrund in ihrer Heimatregion radikalisieren und brutalisieren. Andererseits ist die Mitwirkung nordkaukasischer Dschihadisten an dem IS-Feldzug im Irak und in Syrien zu einem Streitthema innerhalb des islamistischen Kaukasus-Emirats geworden, das den bewaffneten Widerstand spaltet und schwächt. Eine wachsende Zahl von Feldkommandeuren (Emire) aus Dagestan, Tschetschenien und anderen Regionen des Nordkaukasus haben seit November 2014 dem IS-Führer Al-Baghdadi den Treueeid geschworen und sich damit in Widerspruch zu dem aus Dagestan stammenden neuen Führer des Kaukasus-Emirats gesetzt. Die Zahl der Gefechte zwischen Sicherheitskräften und Rebellen im Kaukasus selber ist 2014 zurückgegangen.

Auch für Nachbarstaaten Russlands im postsowjetischen Raum ist der IS zur sicherheitspolitischen Herausforderung geworden. Dies gilt etwa für Aserbaidschan, dem einzigen sowjetischen Nachfolgestaat mit einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit. In Baku befürchtet man, dass die Rückkehr aserbaidchanischer Dschihad-Touristen aus Syrien und Irak die Beziehung zwischen Staat und Religion radikalisieren und das bislang konfliktfreie Verhältnis zwischen schiitischen und sunnitischen Gemeinden vergiften könnte. Die Sicherheitsbehörden haben dort eine Anti-IS-Gruppe zur Abwehr dieser Gefahren aufgebaut. In Syrien selbst sind angeblich allein bis November 2014

mehr als hundert Kämpfer aus Aserbaidschan gefallen.

Ausblick

Für Russland sind postsowjetische Nachbarstaaten erste Adressaten für eine Kooperation im Kampf gegen Terrorismus. Eine solche Zusammenarbeit zu intensivieren steht denn auch weit oben auf der Agenda eurasischer sicherheitspolitischer Regionalorganisationen wie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Die Kooperation mit westlichen Partnern, die zum Beispiel im Hinblick auf Afghanistan im letzten Jahrzehnt durchaus verdichtet wurde, wird indessen mehr und mehr von wertebezogenen Differenzen belastet. In Russland wird derzeit ein Patriotismus mit antiwestlichen Akzenten in einer Weise kultiviert wie selten zuvor – und dies im Konsens von Staat und Kirche. Das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, unterstützte in einer Rede vor der Duma am 22. Januar Präsident Putins Kampf gegen »moderne Pseudo-Werte«, und bei der Abgrenzung gegenüber »westlicher Kultur« gibt es Berührungspunkte zu den geistlichen Verwaltungen der Muslime Russlands ebenso wie zu ausländischen Partnern wie der Türkei, Indien und China. Zugleich bleibt der globale Kampf gegen Terrorismus aber ein Thema, das trotz weltanschaulicher und geopolitischer Differenzen im sicherheitspolitischen Dialog zwischen Russland, den USA und Europa kaum zurücktreten wird. So bekundet Moskau in der neuen russischen Militärdoktrin von 2014 weiterhin sein Interesse daran, gemeinsam gegen Extremismus und Terrorismus zu kämpfen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364